

Inhaltsverzeichnis

	Einleitung	19
A.	Untersuchungsgegenstand	19
B.	Gang der Untersuchung	21
	<i>Erster Teil</i>	
	Grundlegung	24
	<i>Erstes Kapitel</i>	
	Rechtspaternalismus	24
A.	Begriffsbestimmung „Paternalismus“	24
I.	Charakteristika	25
1.	Verhalten zum Schutz oder zum Wohl der Betroffenen: Negativer und positiver Paternalismus	26
2.	Ohne oder gegen den autonom oder defizitär gebildeten Willen: Starker und schwacher Paternalismus	27
a)	Autonome und defizitäre Entscheidungen	30
aa)	Abstrakte Autonomie: Autonomiefähigkeit	31
(1)	Begriffsbestimmung Autonomie/Selbstbestimmung	31
(2)	Moralische und persönliche Autonomie	31
(3)	Persönliche Autonomie und Autonomiefähigkeit	32
bb)	Konkrete Autonomie: Umstandskennntnis, Absenz von Willensmängeln und Entscheidungsfreiheit	35
(1)	Kennntnis der entscheidungsrelevanten Umstände und Absenz relevanter Irrtümer	35
(2)	Freiwilligkeit der Entscheidung	36
cc)	Anforderungen und Feststellung	37
dd)	Anlass für Zweifel? Unvernunft der Entscheidung, Delegation der Ausführungshandlung und fehlende Authentizität	38
b)	Resümee: Autonomie als Abgrenzungsmerkmal zwischen starkem und schwachem Paternalismus	39
3.	Beeinflussung, Freiheitsbeschränkung oder Zwang?	40
II.	Eigene Definition	41

III.	Rechtspaternalismus	41
1.	Paternalistische Gesetzesregelungen	42
a)	Detektion paternalistischer Regelungsmotive	42
b)	Freiheitsbeeinträchtigung	43
c)	Gegen den Willen der Betroffenen	43
2.	Paternalistische Hoheitsakte außerhalb der Legislative	44
IV.	Abgrenzungen: Rechtsmoralismus, moralischer Rechtspaternalismus und Perfektionismus	44
V.	Besondere paternalistische Erscheinungsformen	46
1.	Interpersoneller und staatlicher Paternalismus	46
2.	Aktiver und passiver Paternalismus	46
3.	Harter und weicher Paternalismus	47
4.	Reiner und unreiner Paternalismus	47
5.	Echter, unechter und verdeckter Paternalismus	48
6.	Direkter und indirekter Paternalismus	48
7.	Freiheitserweiternder Paternalismus	50
8.	Freiheitsermöglichung, Freiheitssicherung und Verfahrenspaternalismus ..	51
B.	Paternalismus in Gesetzgebung und Rechtsprechung	52
I.	Paternalismus im Strafrecht	52
1.	Strafbewehrter Umgang mit Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 1 S. 1 BtMG) ..	52
a)	Regelungszweck	52
b)	Individueller Gesundheitsschutz	53
c)	Volksgesundheit	55
d)	Resümee: Paternalistische Anteile im Umgangsverbot mit Betäubungsmitteln	57
2.	Strafbarkeit und Straflosigkeit von erweiterten Selbsttötungskonstellationen	58
a)	Straflosigkeit der Selbsttötung	58
b)	Staatliches Eingreifen bei Suizidversuchen	58
c)	Strafbarkeit der Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB)	60
aa)	Schutz Dritter und der Gesellschaft	61
bb)	Schutz der Sterbewilligen	62
cc)	Schutz der Täterin	64
dd)	Resümee: Paternalistische Anteile des § 216 StGB	65
d)	Strafbarkeit von Sterbehilfe	65
e)	Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung (§ 217 StGB)	65
3.	Strafbarkeit einer Körperverletzung trotz Einwilligung in Folge eines Verstoßes gegen die guten Sitten (§ 228 StGB)	67
4.	Strafbarkeit von Doping	69
5.	Weitere Einschränkungen der Dispositionsbefugnis über den eigenen Körper	71

6. Weitere paternalistische Regelungen des Nebenstrafrechts	72
II. Paternalistische Regelungen außerhalb des Strafrechts	73
1. Sicherheitsgurt- und Schutzhelmpflicht (§ 21a Abs. 1, 2 StVO)	73
2. Zwangsuntersuchung, -behandlung und -ernährung von Gefangenen	76
3. Patientenverfügungen	77
4. Arbeitsschutzregelungen	78
5. Sozialversicherungspflicht	79
6. Weitere Regelungen	80
7. Resümee	82
III. Normierter Paternalismus gegenüber Menschen mit kognitiven Beeinträchti- gungen	83
1. Unterbringung bei Selbstgefährdung gegen den Willen der Betroffenen ..	83
2. Medizinische Zwangsbehandlung	84
3. Schutz Minderjähriger	85
IV. Paternalismus in der Rechtsprechung	85
1. Das Peep-Show-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts	85
2. Der Zwergenweitwurf-Beschluss des Verwaltungsgerichts Neustadt	86
3. Der Laserdrome-Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts	87
4. Der Polygraphen-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts	88
V. Antipaternalistische Gegenbeispiele	89
VI. Resümee: Paternalismus in Gesetzgebung und Rechtsprechung	90

Zweites Kapitel

Ethische und verfassungsrechtliche Beurteilung paternalistischer Beschränkungen

	93
A. Ethische Auseinandersetzungen mit paternalistischen Beschränkungen	94
I. <i>Kants</i> deontologischer Ansatz	94
1. <i>Kants</i> antipaternalistischer Rechtsbegriff	95
2. <i>Kants</i> paternalistische Tugendpflichten gegen sich selbst	97
3. Resümee	98
II. Vertragstheoretische und naturrechtliche Ansätze	98
III. Konsequentialistische/utilitaristische Ansätze	101
1. <i>Mills</i> utilitaristischer (Anti-)Paternalismus	102
2. Rechtfertigung durch Nützlichkeit	107
3. Rechtfertigung durch Freiheitserweiterung	107
a) Gewichtung und Bewertung der Freiheiten	108
b) Missachtung der Autonomie	110
c) Schutz des zukünftigen Selbsts	111

d) Resümee: Keine Eingriffsrechtfertigung durch Freiheitserweiterung ..	113
4. Verhältnis von zu schützendem Rechtsgut und Entscheidungsfreiheit	114
5. Resümee: Konsequentialismus und Paternalismus	115
IV. Kollektivismus und Kommunitarismus	115
V. Gesellschaftliche Pflichten und Vernetzungsargumente	116
VI. Paternalistische Nebenwirkungen	117
VII. Autonomieorientierte Ansätze	118
1. Vorherige Zustimmung: Odysseus-Paternalismus	118
2. Nachträgliche Zustimmung	120
3. Hypothetische Zustimmung	120
4. <i>Dworkins</i> „rational consent“	121
5. Mangelnde Authentizität der Entscheidung	123
6. Unumkehrbarkeit und Widersprüchlichkeit der Entscheidung	124
VIII. Ethische Auseinandersetzungen mit schwach paternalistischen Beschränkungen	126
IX. Resümee: Ethische Auseinandersetzungen mit paternalistischen Beschränkungen	127
B. Verfassungsrechtliche Beurteilung paternalistischer Eingriffe	128
I. Eingriff in grundrechtlich geschützte Freiheiten	128
1. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	129
2. Allgemeines Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) ..	130
a) Schutz der Freiheit zur Selbstschädigung?	131
b) Schutz der Freiheit von Bevormundung?	132
3. Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	134
4. Resümee: Grundsätzlicher Schutz vor paternalistischen Freiheitsbeschränkungen durch die allgemeine Handlungsfreiheit	136
II. Beschränkungen des grundrechtlichen Schutzes selbstschädigenden Verhaltens	136
1. Beschränkung durch „Grundpflichten“	136
2. Grenzen des Grundrechtsverzichts	138
3. Grenzen der Verfügung über eigene Rechtsgüter	139
a) Grundrechtlicher Schutz der Verfügungsfreiheit	140
b) Unverfügbarkeit eines Rechtsguts	141
aa) Disponibilität der Menschenwürde	141
(1) Objektiviertes Menschenwürdeverständnis	142
(2) Subjektiviertes Menschenwürdeverständnis	143
bb) Disponibilität des Rechtsguts Leben	147
cc) Disponibilität der Selbstbestimmung	149
4. Resümee: Keine vorgelagerten Beschränkungen des grundrechtlichen Schutzes selbstschädigenden Verhaltens	150
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung stark paternalistischer Freiheitseingriffe	151

1. Individualschutz gegen den eigenen Willen als legitimer Zweck einer Freiheitsbeschränkung	152
a) Grundlegung	153
b) „Rechtspflichten gegen sich selbst“	160
c) Kollision eigener Grundrechte	161
d) Aspekte der Freiheitserweiterung, Freiheitsermöglichung und Freiheitssicherung	162
e) Irreversibilität und Widersprüchlichkeit	163
2. Schutz gegen den eigenen Willen als Gemeinwohlbelang?	164
a) Gemeinschaftsbezug jeder Handlung	165
b) Gesellschaftliche Auswirkungen massenhafter Selbstschädigungen und Aspekte der „Volksgesundheit“	167
c) Belastung der Sozialversicherung und Berührung des Sozialstaatsprinzips (Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 S. 1 GG)	169
d) Gemeinwohlinteresse an der Wahrung der „Gattungswürde“	172
e) Schutz vor einverständlicher Schädigung durch Dritte als Gemeinwohlbelang: Rechtfertigung von indirektem Paternalismus	174
f) Resümee: Fehlender Gemeinwohlbezug des Schutzes gegen den eigenen Willen	176
3. Rechtfertigung paternalistischer Beschränkungen aus der objektiven Dimension der Grundrechte	177
a) Objektive Wertordnung	178
b) Grundrechtliche Schutzpflichten	179
aa) Kein Auslösen grundrechtlicher Schutzpflichten bei autonomer Selbstschädigung oder einverständlicher Drittschädigung	180
bb) Keine Eingriffsrechtfertigung durch grundrechtliche Schutzpflichten	181
4. Rechtfertigung paternalistischer Beschränkungen aus dem Sittengesetz ..	183
5. Rechtfertigung paternalistischer Beschränkungen wegen einer Verletzung der Wesensgehaltsgarantie (Art. 19 Abs. 2 GG)	184
6. Resümee: Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung stark paternalistischer Freiheitseingriffe	184
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung schwach paternalistischer Freiheitseingriffe: Bevormundung defizitär Entscheidender	186
1. Eingriff in den Schutzbereich grundrechtlicher Freiheiten	186
2. Rechtfertigung des paternalistischen Schutzes defizitär Entscheidender ..	187
3. Resümee: Legitimität schwach paternalistischer Freiheitseingriffe	188
V. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung stark paternalistischer Freiheitseingriffe mit dem Schutz defizitär Entscheidender	189
1. Legitimer Zweck: Schutz defizitär Entscheidender	190
2. Geeignetheit	191
3. Erforderlichkeit	192

a) Differenzierende Regelungen	192
b) Überprüfung der Autonomie: Verfahrenspaternalismus	194
4. Verhältnismäßigkeit i. e. S.	195
5. Resümee	195
6. Rechtfertigung des paternalistischen Schutzes Minderjähriger	195
VI. Resümee: Verfassungswidrigkeit von starkem und Verfassungsmäßigkeit von schwachem Paternalismus	197

Zweiter Teil

Paternalismus im Biomedizinrecht 199

Drittes Kapitel

Die Regelung der Lebendorganspende im Transplantationsgesetz 200

A. Lebendorganspende in der Praxis	201
B. Regulierung der Lebendorganspende	203
C. Strafbewehrte paternalistische Regelungen im Transplantationsgesetz	205
I. Das Verbot des Organ- und Gewebehandels (§§ 17, 18 TPG)	206
1. Inhalt der gesetzlichen Regelung	207
a) Begriff des Handeltreibens	207
b) Straflosigkeit der Gewährung oder Annahme eines angemessenen Entgelts im Rahmen der Heilbehandlung (§ 17 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 TPG)	209
c) Normadressatinnen des § 17 Abs. 1 TPG	210
d) Strafbarkeit der Entnahme, Übertragung und des Übertragenlassens von Organen, die Gegenstand von Organhandel sind (§ 17 Abs. 2 TPG) ...	211
2. Schutzzweck und Einordnung	213
3. Verfassungsmäßigkeit der Regelung?	214
a) Betroffene Grundrechte	214
aa) Grundrechte der Empfängerin	214
bb) Grundrechte der Spenderin	215
cc) Grundrechte Dritter	216
b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigungsansätze	216
aa) Schutz vor Ausbeutung	216
(1) Legitimer Zweck	216
(a) Schwach paternalistischer Integritätsschutz?	217
(b) Ausnutzungsaspekte	220
(c) Schutz defizitär Entscheidender	221
(2) Geeignetheit	222

(3) Erforderlichkeit	223
(4) Verhältnismäßigkeit i.e.S.	224
bb) Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Spenderin	225
cc) Schutz der Menschenwürde bei einer Kommerzialisierung des menschlichen Körpers	225
dd) Kommerzialisierung als Moralverletzung	229
ee) Schutz des Pietätsgefühls der Allgemeinheit	230
ff) Schutz vor einer Verteilung von Organen nach finanziellen Gesichtspunkten	231
gg) Schutz des Transplantationswesens vor dem Anschein sachfremder Erwägungen	232
hh) Appell- und Präventionsfunktion	233
4. Resümee: Verfassungswidrigkeit des Organhandelsverbots	233
5. Ausblick	235
II. Die Eingrenzung des Lebendspenderkreises (§ 8 Abs. 1 S. 2 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 2 TPG)	236
1. Inhalt der gesetzlichen Regelung	237
a) „In besonderer persönlicher Verbundenheit offenkundig nahestehen“ ..	237
b) Besondere Spendeformen	238
2. Schutzzweck und Einordnung	239
3. Verfassungsmäßigkeit der Regelung?	241
a) Formelle Verfassungsmäßigkeit	241
b) Materielle Verfassungsmäßigkeit	242
aa) Betroffene Grundrechte	242
(1) Grundrechte der Spenderin	242
(2) Grundrechte der Empfängerin	246
(3) Grundrechte der behandelnden Ärztin	247
bb) Verfassungsrechtliche Rechtfertigungsansätze	247
(1) Sicherung der Freiwilligkeit der Entscheidung – Schutz defizitär Entscheidender	248
(a) Legitimer Zweck	248
(b) Geeignetheit	249
(c) Erforderlichkeit	251
(d) Verhältnismäßigkeit i.e.S.	253
(2) Schutz vor Organhandel	253
(a) Legitimer Zweck	253
(b) Geeignetheit	254
(c) Erforderlichkeit	256
(d) Verhältnismäßigkeit i.e.S.	258

(3) Vorrang der postmortalen Spende und Schutz der potentiellen Spenderinnen vor körperlicher Schädigung	258
(4) Rechtfertigung aus anderen Gründen	261
cc) Verletzung des Gebots schuldangemessenen Strafens, des Schuldprinzips und des Übermaßverbots	262
(1) Fehlende Strafwürdigkeit des Tatverhaltens	263
(2) Vorverlagerung vor eine abstrakte Gefährdung	265
4. Resümee: Verfassungswidrigkeit der Spenderkreisbeschränkung	266
5. Ausblick	267
III. Das Verbot der Organ- oder Gewebeentnahme bei nicht volljährigen Spenderinnen (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 a) Alt. 1 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	268
IV. Das Verbot der Organ- oder Gewebeentnahme bei nicht einwilligungsfähigen Spenderinnen (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 a) Alt. 2 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	270
V. Das Verbot der Organ- oder Gewebeentnahme bei nicht hinreichender Aufklärung (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 b) Alt. 1 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	271
1. Rechtfertigung verfahrenspaternalistischer Eingriffe zum Schutz defizitär Entscheidender	273
2. Verfassungsmäßigkeit der Aufklärungspflicht	273
VI. Das Verbot der Organ- oder Gewebeentnahme bei fehlender Einwilligung (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 b) Alt. 2 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	274
VII. Der Vorbehalt ärztlicher Behandlung (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	275
1. Gemeinwohlinteresse an der Einhaltung von Qualitätsstandards	275
2. Verfassungsmäßigkeit des Vorbehalts ärztlicher Behandlung (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 i. V. m. § 19 Abs. 1 Nr. 1 TPG)	277
VIII. Resümee: Strafrechtlicher Paternalismus im Transplantationsgesetz	278
D. Paternalistische Regelungen im Transplantationsgesetz ohne Strafbewehrung	279
I. Subsidiarität der Lebendspende (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 TPG)	279
1. Betroffene Grundrechte	280
2. Rechtfertigung durch den „Schutz der Postmortalen Spende“	282
3. Paternalistischer Schutz der potentiellen Spenderin	282
II. Eignung, keine Gefährdung oder schwere Beeinträchtigung der Spenderin (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 c) TPG)	283
III. Eignung zur Lebenserhaltung oder Krankheitsheilung (§ 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 TPG)	284
IV. Bereiterklärung zur Nachbetreuung (§ 8 Abs. 3 S. 1 TPG)	285
V. Gutachtliche Stellungnahme durch die nach Landesrecht zuständige Kommission (§ 8 Abs. 3 S. 2 TPG)	286
1. Inhalt der gesetzlichen Regelung	286
2. Rechtfertigung des Erfordernisses einer kommissionellen Stellungnahme mit dem verfahrenspaternalistischen Schutz defizitär Entscheidender	287
E. Resümee: Paternalismen im Transplantationsgesetz	290

Viertes Kapitel

Die Regelung der klinischen Prüfung im Arzneimittelgesetz	291
A. Ausgangspunkt	292
I. Historie der Forschung an Menschen	292
II. Das Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln	293
III. Grundlegendes zum Schutz des Menschen im Rahmen der klinischen Prüfung	293
B. Medizinische Vertretbarkeit der Prüfung nach Risiko-Nutzen-Abwägung (§ 40 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	297
I. Betroffene Grundrechte	298
1. Wissenschafts- und Berufsfreiheit der Prüfer und Sponsoren	299
2. Verfügungsrecht des Probanden über seinen eigenen Körper aus Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG bzw. aus Art. 2 Abs. 1 GG	300
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	301
1. Menschenwürde der Probanden	301
2. Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit der Probanden	302
3. Schutz der Autonomie und Schutz defizitär entscheidender Probanden	303
4. Schutz des Vertrauens in die Integrität der Humanforschung	305
III. Verstoß gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot (Art. 103 Abs. 2 GG)?	307
IV. Resümee: Verfassungsmäßigkeit des Erfordernisses einer medizinischen Vertretbarkeit nach Risiko-Nutzen-Abwägung	308
C. Einwilligung nach Aufklärung (§ 40 Abs. 1 S. 3 Nr. 3b), Abs. 2 S. 1 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	308
D. Verbot der Teilnahme untergebrachter Personen an klinischen Prüfungen (§ 40 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	309
I. Betroffene Grundrechte	310
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	311
1. Kein schwacher Paternalismus	311
2. Schutz defizitär Entscheidender	312
3. Schutz des Vertrauens in die Integrität der Humanforschung	313
III. Resümee: Teilweise Verfassungswidrigkeit des Verbots der Teilnahme untergebrachter Personen an klinischen Prüfungen	315
E. Sicherheits- und Qualitätsanforderungen (§ 40 Abs. 1 S. 3 Nr. 5–9 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	315
F. Direkter Individual- oder Gruppennutzen von Forschung mit einschlägig Kranken (§§ 40, 41 Abs. 1 S. 1 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	316
I. Betroffene Grundrechte	317
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	317

G. Forschung mit nicht einwilligungsfähigen Volljährigen (§§ 40, 41 Abs. 3 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	319
H. Forschung mit Minderjährigen	321
I. Forschung mit nicht einschlägig kranken Minderjährigen (§ 40 Abs. 4 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	322
II. Forschung mit einschlägig kranken Minderjährigen (§§ 41 Abs. 2, 40 Abs. 1–4 i. V. m. § 96 Nr. 10 AMG)	322
III. Verfassungsrechtliche Betrachtung	323
I. Zustimmungende Bewertung der Ethik-Kommission (§§ 40 Abs. 1 S. 2, 42 Abs. 1 S. 7 Nr. 3 i. V. m. § 96 Nr. 11 AMG)	325
I. Inhalt und Ausrichtung der gesetzlichen Regelung	325
II. Verfassungsrechtliche Betrachtung	326
J. Resümee: Paternalismen im Arzneimittelgesetz	327

Fünftes Kapitel

Reproduktionsmedizinische Regelungen im Embryonenschutzgesetz	329
A. Das Verbot der Eizellspende zu reproduktiven Zwecken (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 Nr. 1 und 2 ESchG)	331
I. Medizinischer Ausgangspunkt	331
II. Inhalt und Ausrichtung der gesetzlichen Regelung	332
III. Verletzung von Freiheitsrechten	334
1. Beeinträchtigte Freiheitsrechte	334
2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	336
a) Der Schutz des Kindes	336
aa) Schutz vor „gespaltener Mutterschaft“	336
(1) Kein empirischer Nachweis einer Kindeswohlgefährdung ..	338
(2) Inkongruenz zu Samenspende und Adoption	340
(3) Widersprüchlichkeit des Arguments „Schutz vor Leben“ ...	341
bb) Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	343
cc) Menschenwürde des Kindes	343
dd) Resümee: Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Verbots der Eizellspende mit dem Kindeswohl	344
b) Gesellschaftsschutz und Gemeinwohlgefährdung	345
aa) Gespaltene Mutterschaft: Verletzung von Ehe und Familie als Institution	345
bb) „Widernatürlichkeit“ und Moralbeeinträchtigungen	346
cc) Aspekte familienrechtlicher Zuordnung	347
dd) Gefahr der „Zuchtwahl“ und der Selektion	347

e)	Resümee: Keine Gefährdung der Gesellschaft und des Gemeinwohls	348
c)	Der Schutz der Eizellspenderin	348
aa)	Schutz der Menschenwürde der Spenderin	348
bb)	Gesundheitsschutz der Spenderinnen	349
cc)	Schutz vor Kommerzialisierung und Ausbeutung	350
dd)	Schutz defizitär Entscheidender	351
ee)	Resümee: Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Verbots der Eizellspende mit dem Schutz der Spenderinnen	352
3.	Resümee: Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung der freiheitsrechtlichen Beschränkungen	353
IV.	Verletzung von Gleichheitsrechten	353
1.	Verletzung des Verbots geschlechtsbezogener Diskriminierung (Art. 3 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 S. 1 Alt. 1 GG)	354
a)	Geschlechtsbezogene Ungleichbehandlung	354
b)	Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	355
aa)	Biologische Unterschiedlichkeit der Keimzellen	355
bb)	Unterschiedliche Schwierigkeit der Keimzellgewinnung	356
cc)	Biologischer Unterschied zwischen gespaltener Mutterschaft und gespaltener Vaterschaft	357
dd)	Rechtliche Zuordnungsschwierigkeiten	359
ee)	Weitere Argumente	359
c)	Resümee: Verletzung des Verbots geschlechtsbezogener Diskriminierung	360
2.	Verletzung des allgemeinen Gleichheitssatzes (Art. 3 Abs. 1 GG)	361
V.	Resümee: Verfassungswidrigkeit des Verbots der Eizellspende	363
B.	Das Verbot der Leihmutterschaft (§ 1 Abs. 1 Nr. 7 ESchG)	364
I.	Medizinischer Ausgangspunkt und Terminologie	364
II.	Inhalt und Ausrichtung der gesetzlichen Regelung	366
III.	Betroffene Grundrechte	368
IV.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	369
1.	Der Schutz des Kindes	370
a)	Schutz vor „gespaltener Mutterschaft“	370
b)	Menschenwürde des Kindes	371
c)	Schutz der psychischen und physischen Entwicklung des Kindes	374
d)	Schutz der leiblichen Kinder und der Familie	378
2.	Gesellschaftsschutz und Gemeinwohlgefährdung	378
a)	Schutz vor sozialer Ungleichheit	378
b)	Schutz der Familie	379
c)	Schutz von Moral, Sitte und Gattungswürde	379

3. Der Schutz der Leihmutter	380
a) Schutz der Menschenwürde der Leihmütter	380
b) Gesundheitsschutz der Leihmütter	382
c) Schutz der Leihmütter vor negativen psychischen Auswirkungen	383
d) Schutz vor Ausbeutung und Schutz defizitär Entscheidender	384
e) Schutz des Elternrechts (Art. 6 Abs. 2 GG)	385
V. Resümee: Verfassungswidrigkeit des Verbots der Leihmutterschaft	385
C. Resümee: Paternalismen im Embryonenschutzgesetz	386

Sechstes Kapitel

Thesenartige Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	388
Literaturverzeichnis	394
Sachwortverzeichnis	415